

FREIBERUFLER-TICKER vom 18. Januar 2019

1. EU-Kommission für Mehrheitsentscheidungen in der EU-Steuerpolitik

Am 15. Januar 2019 hat die Europäische Kommission eine [Mitteilung](#) zur Reform des Beschlussverfahrens in der Steuerpolitik der Europäischen Union (EU) vorgelegt. Kern der Mitteilung ist ein Fahrplan, wonach in bestimmten Bereichen der gemeinschaftlichen Steuerpolitik nach und nach zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit übergegangen werden soll. Das bisherige Einstimmigkeitsprinzip sei in einer EU mit gegenwärtig 28 Mitgliedstaaten nicht mehr zeitgemäß und oftmals ökonomisch kontraproduktiv, so die EU-Kommission in ihrer Begründung. Die EU-Kommission empfehle daher eine schrittweise Umsetzung des nun unterbreiteten Vorschlags bis Ende des Jahres 2025. Anwendung soll dieser beispielsweise bei der Modernisierung bereits harmonisierter EU-Vorschriften finden, etwa im Bereich des Mehrwertsteuer- oder Verbraucherrechts. Es gehe aber auch um aktuelle beziehungsweise zukünftige Steuerprojekte, wie der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage oder ein neues System zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Die vorgeschlagene Umsetzung wäre im Rahmen der Überleitungsklausel nach Artikel 48 Absatz sieben des EU-Vertrags möglich, wonach unter bestimmten Umständen ein Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erfolgen kann. Der „Ball“ liegt nun bei den EU-Mitgliedstaaten.

2. Praxis-Check „Potenzialanalyse Arbeit 4.0“ veröffentlicht

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hat Ende vergangener Woche einen kostenlosen Praxis-Check [„Potenzialanalyse Arbeit 4.0“](#) auf der Internetseite „Offensive Mittelstand – gut für Deutschland“ veröffentlicht. Der Selbstbewertungs-Check soll Führungskräfte und KMU-Geschäftsführer bei der systematischen Einführung von 4.0-Technologien und autonomen Softwaresystemen – von der Strategie über die Planung und Beschaffung bis hin zum Umgang mit den Daten und zu den Auswirkungen auf das Führungsverhalten – unterstützen. Das Tool ist von verschiedenen Organisationen im Rahmen des Verbundprojekts „Prävention 4.0“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entwickelt worden.

3. BIBB-Expertenmonitor 2018 zu Berufsorientierung und Passungsproblemen

Berufsorientierung, Ausbildungsqualität, Berufsperspektiven und gesellschaftliche Wertschätzung müssten in einzelnen Berufen gestärkt werden, um den Passungsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt entgegenzuwirken, so die [Ergebnisse](#) einer Expertenbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), die am 16. Januar 2019 veröffentlicht worden sind. Damit Schüler realistischere Vorstellungen von Ausbildungsmarkt und Ausbildungsberufen entwickeln können, gilt es laut der Befragten, das Wissen über den Ausbildungsmarkt verstärkt in der Berufsorientierung einzubetten. Dies könnte beispielsweise über die Verankerung des Themas Berufsorientierung in der Lehrerausbildung, aber auch durch verstärkte Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft umgesetzt werden.

4. Je höher der Schulabschluss, desto häufiger pendeln Auszubildende

Die Pendlermobilität von Auszubildenden fällt nicht nur zwischen den Regionen unterschiedlich aus – sie wird auch von Schulabschluss und Ausbildungsberuf beeinflusst. Das geht aus einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor, die am 15. Januar 2019 veröffentlicht worden ist. Vor allem in Berufen, die einen höheren Schulabschluss voraussetzen,

finden sich hohe Pendlerquoten der Auszubildenden. Dabei sind Auszubildende in MINT-Berufen – also in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – überdurchschnittlich häufig mobil. Die durchschnittlichen Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsortgemeinde fallen im Osten und Norden der Republik größer aus als im Süden und Westen.

5. Fortschritte bei der Integration

Migranten und ihre Kinder sind heute in Deutschland wirtschaftlich und sozial deutlich besser integriert als noch vor zehn Jahren. Dies gilt sowohl für die Erwerbssituation, den Bildungserfolg und das Armutsrisiko als auch für die Erfahrung von Diskriminierung. Defizite bestehen jedoch unter anderem beim Zugang zu qualifizierten Jobs und zum öffentlichen Dienst. Gleichzeitig sind heute in Deutschland mehr Menschen der Meinung, dass das Land von Migration profitiert, als noch zu Beginn des Jahrhunderts. Dies geht aus der Deutschlandauswertung der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gemeinsam mit der Europäischen Kommission erstellten Studie „[Integration von Zuwanderern: Indikatoren 2018](#)“ und eines weiteren OECD-Arbeitspapiers hervor. Die Studie ist am 16. Januar 2019 von der OECD gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration in Berlin vorgestellt worden. Der Studie zufolge sind mit Bezug auf das Jahr 2017 knapp 13 Millionen Menschen, die in Deutschland leben, im Ausland geboren. Das entspricht rund 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Mit diesem Anteil liegt Deutschland im OECD-Vergleich im oberen Mittelfeld. Gut ein Fünftel der Zuwanderer (22 Prozent) lebt weniger als fünf Jahre in Deutschland. Auch dieser Wert liegt über dem OECD-Schnitt. Besonders positiv hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Erwerbssituation für Zuwanderer entwickelt: So ist bei der Gruppe der im Ausland Geborenen die Beschäftigungsquote zwischen den Jahren 2006 und 2017 von 59 auf über 67 Prozent gestiegen.

6. Innovationsaktivitäten

Die Innovationsausgaben der Unternehmen in Deutschland sind im Jahr 2017 um 4,7 Prozent auf 166,9 Milliarden Euro gestiegen. Zu diesen Ergebnissen kommt das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in einer [Erhebung](#) zum Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die am 15. Januar 2019 veröffentlicht worden ist. Damit sind die Planzahlen weit übertroffen worden, was laut der Autoren auf ein verbessertes Innovationsklima hindeutet. Für das Jahr 2018 rechnen die Unternehmen mit einem weiteren Anstieg um 3,4 Prozent auf 172,5 Milliarden Euro. Für das Jahr 2019 wird ein moderater Zuwachs um zwei Prozent auf 175,9 Milliarden Euro erwartet. Das ZEW stellt darüber hinaus besonders bei den IuK-Dienstleistungen eine hohe Dynamik fest. Zudem führt es aus, dass kleine und mittlere Unternehmen Innovationsausgaben im Jahr 2017 überproportional stark um 6,4 Prozent erhöht haben, während Großunternehmen einen Anstieg von 4,3 Prozent verzeichnet haben.

7. Deutsche Wirtschaft weiter gewachsen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 15. Januar 2019 ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2018 weiter gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist nach der Destatis-Berechnung um 1,5 Prozent höher gewesen als im Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Eine weitere Erkenntnis ist, dass erstmals seit fünf Jahren die konjunkturelle Dynamik im Produzierenden Gewerbe unter der im Dienstleistungsbereich gelegen hat.